

# «Rheintal+»-Fusion: Debattierfreudige Melliker

Unter dem Titel «Rheintal+» unternehmen zehn Gemeinden vertiefte Abklärungen zur Frage eines Zusammenschlusses. Vergangene Woche wurde die zweite Runde der «Gespräche mit der Bevölkerung» eingeläutet.

**MELLIKON** (tf) – Seit rund einem Jahr prüfen zehn Gemeinden, ob sich ein Zusammenschluss lohnt und mit welchen Vor- und Nachteilen eine allfällige Fusion verbunden wäre. Geführt wird der Prozess durch eine Projektleitung, in der die Gemeindeammänner aller zehn Gemeinden mitwirken. Die eigentliche Arbeit wird in sogenannten Facharbeitsgruppen gemacht, in denen (in den meisten Fällen) alle Gemeinden mit Einwohnern und Gemeinderäten vertreten sind. Zu gesamthaft acht Themenblöcken haben diese Facharbeitsgruppen in den vergangenen Monaten wichtige Grundlagen erarbeitet und Antworten geliefert auf Fragen, die mit einem Zusammenschluss in Verbindung stehen. Mehrmals sind die Gruppen dazu auch in Workshops zusammengekommen.

Bereits zweimal wurden die Zwischenergebnisse aus den Facharbeitsgruppen an je zwei Abenden den extra dafür eingesetzten Echogruppen vorgestellt. In den Echogruppen sind maximal vier Einwohner pro Gemeinde und Themenblock vertreten, sie sollen die Zwischenergebnisse beurteilen, ein Feedback geben und die gewonnenen Erkenntnisse in die Bevölkerung tragen.

## Puls der Bevölkerung fühlen

Auf Antrag der Projektleitung wurde relativ früh im Gesamtprozess festgelegt, dass es neben all den genannten Gefä-

ssen auch noch die «Gespräche mit der Bevölkerung» geben soll. Im Rahmen dieser Gespräche sollen alle Einwohner die Gelegenheit erhalten, sich in den Prozessen einzubringen. Im Rahmen der ersten Runde der «Gespräche mit der Bevölkerung» in der zweiten Hälfte des Jahres 2017 hatte die Bevölkerung in Gruppen verschiedenen Fragen auf den Grund zu gehen. Fragen, wie «Welche Chancen und Risiken sieht die Bevölkerung in einer Fusion?», «Gibt es aus Sicht der Bevölkerung Kriterien für einen Zusammenschluss?» und «Was müsste unbedingt erfüllt sein im Falle einer Fusion?».

Vergangene Woche nun, wurde eine weitere Runde von «Gesprächen mit der Bevölkerung» lanciert. Den Auftakt machte am Mittwochabend die Gemeinde Mellikon, dicht gefolgt von Rietheim, die am Freitag diskutierte. Diese Woche stehen gleich fünf weitere Gespräche an. Montagabend in Rekingen, Dienstagabend in Fisibach und Mittwochabend in Wislikofen, Baldingen und Bad Zurzach. Anders als in der ersten Runde der «Gespräche mit der Bevölkerung» werden diesmal nicht in Gruppen Fragen diskutiert, stattdessen stellen Vertreter aus den Facharbeitsgruppen die bereits vorhandenen Ergebnisse der vertieften Abklärung näher vor. Im Idealfall sollen es Facharbeitsgruppen-Vertreter aus der eigenen Gemeinde sein. Im Mellikon hiess

das, dass vor allem Melliker zu Melliker sprachen.

## Dezentral bleiben, trotz Zentralisierungstendenz

Eine kurze Sache, das steht nach den beiden ersten Ausgaben fest, sind die «Gespräche mit der Bevölkerung» nicht. Beide Male haben die Veranstaltungen über drei Stunden gedauert. Beide Male waren die präsentierten Ergebnisse vielschichtig und manchmal auch komplex. Beide Male gab es auch fragende Blicke unter den Projektinvolvierten – noch scheint nicht jedes Detail geklärt – und beide Male stellte die anwesende Bevölkerung viele Zusatzfragen. In Mellikon gab es auch völlig neue Inputs – «Wo kommt die Natur, der Naturschutz vor in den ganzen Überlegungen?» – Inputs, die in den bisherigen Fusionsabklärungen noch wenig berücksichtigt wurden.

Können die Ergebnisse aller acht Facharbeitsgruppen hier in wenigen Zeilen zusammengefasst werden? Das ist nicht möglich. Für Details ist ein Besuch der Veranstaltungen unabdingbar. Allenfalls wird die Präsentation mit den ersten Ergebnissen auch auf [www.rheintalplus.ch](http://www.rheintalplus.ch) aufgeschaltet. Ginge es jedoch um eine Aufzählung der wichtigsten Ergebnisse aus den Facharbeitsgruppen, wären sicher folgende Markpunkte zu nennen. In einer neu fusionierten Gemeinde gäbe es nach Meinung der Facharbeitsgruppen: Weiterhin eine Gemeindeversammlung und neu einen Gemeinderat mit sieben Mitgliedern, gewählt aus zwei Wahlkreisen. Bad Zurzach wählt drei Mitglieder, die übrigen Gemeinden wählen vier Mitglieder. Die Ortsteile wären zudem in einer zehnköpfigen, vom Gemeinderat gewählten Begleitkommission vertreten, die den Gemeinderat in seiner Arbeit

unterstützt. Ein Dörferrat ist nicht praktikabel. Verwaltet würde die Gemeinde von einem zentralen Standort aus, in Bad Zurzach. Geführt würde diese Verwaltung nach dem Geschäftsleitungsmodell.

## Zusammenschlüsse notwendig

In einer fusionierten Gemeinde würde an den heutigen Primar- und Oberstufenstandorten festgehalten. Primar in Rietheim, Zurzach, Rekingen und Weiach, Oberstufe in Bad Zurzach und Stadel. Die im Zurzibiet angesiedelten Schulen würden sicher unter einem Dach und mit nur noch einer Schulpflege geführt. Aus finanzieller Sicht ist eine Fusion machbar, aber sehr anspruchsvoll. Der anvisierte Steuerfuss von 115 Prozent, der sich am heutigen Satz in Bad Zurzach orientiert, würde alleine nicht genügen, um auch zehn Jahre nach der Fusion eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Herausfordernd ist auch die Situation der Eigenwirtschaftsbetriebe. Während im Bereich Strom alles beim Heutigen belassen werden könnte, wären im Abwasser- und Wasserbereich Gebührenerhöhungen notwendig. Auch die Gebührensysteme müssten abgeglichen werden. Für einzelne Gemeinden wären diese Veränderungen deutlich spürbar. Das Gleiche gilt für das System der Abfallentsorgung.

Nachdem Zivilschutz, Regionales Führungsorgan und Regionalpolizei sogar bereits zurzibietweit zusammenschlossen sind, drängt sich im Falle einer Fusion auch ein Zusammenschluss der Feuerwehren im «Rheintal+»-Raum auf. Die Kommandanten sind für die Idee zu haben, die Chancen wären gross. Um eine Fusion kämen auch die Ortsbürgergemeinden nicht herum. Man ist sich einig, dass der zweite mögliche Weg, eine Auflösung der Ortsbürgergemeinden,

kein denkbarer Weg ist. Eine neue grosse Ortsbürgergemeinde birgt Chancen, aber auch Risiken.

Zusammengeführt werden müssten vermutlich auch die Forstreviere der Region, dies könnte in Etappen erfolgen. Einig sind sich die Facharbeitsgruppen, dass im Falle einer Fusion nur noch ein zentraler Werkhof in Bad Zurzach geführt würde. Aussenstandorte blieben aber bestehen, und auch die Zusammenarbeit mit den Landwirten würde aufrechterhalten.

## Zwischen Skepsis und konstruktiven Inputs

In Mellikon wurde noch einiges mehr vorgestellt. Es schien durch, dass einige der Ideen gut ankamen und die Zuhörer da und dort wohl auch beeindruckten. Wann zuletzt wurde in der Region so breit und offen diskutiert? Es kam aber auch sehr deutlich zum Ausdruck, dass nach wie vor Skepsis bestehe, was das Verhältnis der kleinen Ortsteile/Gemeinden zu Bad Zurzach anbelangt. Wie wird sichergestellt, dass in einer neuen Gemeinden die kleinen Orte nicht übergangen werden? Und wären viele der genannten Vorteile nicht auch ohne vollständige Fusion zu haben? Sind die erhofften Synergien wirklich so gross wie erhofft?

Überraschend war, dass die Fragen aus der Bevölkerung die Facharbeitsgruppenmitglieder und Gemeindeammänner da und dort doch etwas ins Rotieren brachten. Es stellte sich heraus, dass selbst in den Facharbeitsgruppen noch nicht alle Fragen restlos geklärt sind. So zum Beispiel auch die Frage, über welche Frage beziehungsweise welche Dokumente mit welchem Inhalt denn überhaupt abgestimmt werde im Jahr 2019.

# Viele Antworten, noch mehr Fragen

Am Freitagabend informierten die «Rheintal+»-Arbeitsgruppen über den aktuellen Stand der Dinge – es bestehen gute Ansätze, doch manches relevante Problem ist noch ohne konkrete Lösung.

**RIETHEIM** (sf) – Der Reihe nach stellten die jeweiligen Arbeitsgruppenvertreter ihre Ergebnisse vor – oft bestehen aber noch keine endgültigen Resultate. Die Situation ist sehr komplex, die Gruppen arbeiten umfassend und gewissenhaft. Trotzdem lässt sich vieles nicht abschätzen – gerade Steuereinnahmen sind nicht genau kalkulierbar. Die Frage stand im Raum, was denn passieren würde, wenn sich die gewünschten Entwicklungen nicht einstellen – beispielsweise das Bevölkerungswachstum oder Arbeitsmarktwachstum. Es bestehen viele grosse Wünsche und gute Ideen – doch an einem Punkt könnten sie alle scheitern, nämlich an der Finanzierung.

## Einsparungspotenzial

Die erste Arbeitsgruppe rund um das Thema «Behörden und Verwaltung» sprach sich für eine Organisation mit Gemeindeversammlung und gegen einen Einwohnerrat aus. Bad Zurzach soll als zentraler Verwaltungsort dienen, die Verwaltung soll mit einem Geschäftsleitungsmodell geführt werden. Rund 1800 Stellenprozente würden für diese eingeplant. Beim Vereinheitlichen erhofft man sich Einsparungen.

Ein Bevölkerungswachstum von einem Prozent wird angestrebt, ebenso ein Wachstum an Arbeitsplätzen um ein halbes Prozent. Potenzial sieht die Arbeitsgruppe in der Ausbildung der Jugend, der Stärkung des Detailhandels sowie in der Sicherung der Schulen. Ein drohender Verlust der Eigenständigkeit, eine Konzentration der Entwicklung entlang des Rheins und eine anonyme Zentralverwaltung werden als Risiken eingeschätzt.

Im Bereich der Entwicklung könnte durch eine Fusion die Raumplanung erleichtert werden und durch das grössere Gebiet gäbe es mehr Chancen für Umzonungen oder Landabtausch. Viele Sonderzonen müssen integriert, eine gemeinsame BNO angestrebt werden. Zentral sei auch die Gleichbehandlung des Strassenunterhalts im ganzen Gebiet. In einigen Gemeinden sind schon grosse Investitionen in die Infrastruktur geplant – die Angst besteht, dass das meiste Steuergeld dann in den Unterhalt der grossen Ortsteile fliessen und dass dies zu Unstimmigkeiten in der Bevölkerung führen könnte.



Christian Schneider informiert über «Finanzen, Liegenschaften, Landwirtschaft»; Ammann Beat Rudolf verfolgt seine Ausführungen.

## Unterschiedliche Steuerkraft

Bad Zurzach ist mit 2728 Franken pro Kopf die steuerkräftigste Gemeinde, Rietheim bildet mit 1387 Franken pro Einwohner das weitabgeschlagene Schlusslicht. Finanziell trägt Bad Zurzach das grösste Risiko – seine Steuerkraft ist zentral für die Fusion. Überall sind Zusammenlegungen und damit Einsparungen geplant – realistisch ist dies jedoch nicht in allen Bereichen. Kalkuliert wurde bei den Berechnungen mit dem Steuersatz von 115 Prozent – diesen einzuhalten, scheint äusserst sportlich. Der Realität entspricht aber auch, dass bei einer merklichen Erhöhung des Steuerfusses die grösseren Gemeinden einer Fusion vielleicht nicht zustimmen würden.

Gerechnet hat man mit den Jahresabschlüssen von 2016. Prognosen sind aber aufgrund von verschiedenen Entwicklungen – beispielsweise Veränderungen in der Gesetzgebung, Neuregelung des Finanzausgleichs, Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, wirtschaftliche Entwicklung, Entwicklung der Einwohnerzahlen und Steuerkraft – schwierig. Rund zwei Millionen Franken sollen mit dem Synergiepotenzial von Behörden und Verwaltung, bei den Betrieben und Liegenschaften ein-

gespart werden. Es bestehe allerdings einige Unsicherheit darüber, was geschehe, wenn man mit den genutzten Synergien nicht auf die gewünschten Einsparungen kommt. 13.2 Millionen Franken würde der Kanton bei einer Fusion einschliessen, das gibt Zeit für Umstrukturierungen. Einen Steuerfuss von 115 Prozent schätzt die Arbeitsgruppe aus heutiger Sicht aber als sehr anspruchsvoll ein. Ein wesentliches Ziel ist das Einwohnerwachstum und die Ansiedlung von Unternehmen, um das Steuersubstrat zu erhöhen.

## Bevölkerungswachstum

Ein moderates Bevölkerungswachstum wäre auch aus Sicht der öffentlichen Verkehrssituation erstrebenswert, denn Frequenz ist das Zauberwort für die SBB – je mehr Personen an einem Bahnhof ein- und aussteigen, desto eher wird er erhalten. «Darum brauchen wir Leute – der Bahnhof muss genutzt werden, dass wird ihn nicht verlieren», so Ammann Rudolf. Man erhoffe sich von einer neuen Grossgemeinde zudem einen stärkeren Auftritt und besseres Verhandlungspotenzial mit dem Kanton und den öffentlichen Verkehrsdiensten.

Sinkende Schülerzahlen gefährden Schulstandorte – auch hier ist ein Bevöl-

kerungswachstum wünschenswert. Durch die Fusion muss es keine Schulschliessungen geben, aber weniger Schulbehörde. Eine einheitliche Schulführung und -entwicklung ermöglicht eine Steigerung der Schulqualität. Verbindliche Kostenaussagen können noch keine gemacht werden, denn die genaue Nutzwertanalyse muss noch gemacht werden. «Die Auswertung ist eine Aufgabe, die wir noch vor uns haben», erklärte Gemeinderätin Sina Brunner. Angestrebt werden eine Schulorganisation und eine Schulpflege für Kindergarten-, Primar- und Oberstufe. Zu wählen ist zudem eine Schulpflege aus mindestens drei Mitgliedern. Erneut wurde auf die Petition hingewiesen, die drei Oberstufenstandorte im Bezirk fordert – im Surb-, Rhein- und im Unteren Aaretal. Ein Anwohner merkte an, dass für ihn die ganze Fusionsdiskussion ohne eine umfassende Lösung im Schulbereich sinnlos sei.

## Einheitliche Gebühren

Es gibt Gemeinden mit Rücklagen, andere haben Schulden. Einen wichtigen Schritt habe man mit der Umwandlung der Elektra in eine Genossenschaft getan. Eine unterschiedliche Versorgung für die Strombezügler sei problemlos machbar. Teilweise bestehe hoher Investitionsbedarf und eine unterschiedliche Gebührenpraxis, die vereinheitlicht werden müsste. Ein gemeinsamer Tarif bei Wasser und Abwasser, der die Finanzierung der notwendigen Investitionen beinhaltet, muss angestrebt werden. Ein einheitliches System ist auch bei der Müllentsorgung von Nöten, entweder nach Gewicht oder mit Marken. Auch ein neues Parkierreglement würde für die gesamte Gemeinde gültig sein.

Sicherheitstechnisch soll mit drei bis vier Aussendepots (Bad Zurzach, Fisibach, Siglistorf, Rekingen) eine Stützpunktfeuerwehr des Typs A mit einem Kommandanten (Miliz) und einem Stabs-offizier in Anstellung geschaffen werden. Ein bis zwei Materialwarte werden angestrebt. Bestehen soll sie aus rund 160 Feuerwehrangehörigen. Die Kommandanten befürworten die Lösung.

## Emotionales Thema

Die Rietheimer haben sich dazu entschieden, ihre Ortsbürgergemeinde zu

öffnen und hoffen dadurch auf 20 bis 30 neue Mitglieder. Es bestünde in mehreren Gemeinden die Idee, mit dem aktuellen Vermögen – zweckgebunden Kultur – Investition in den eigenen Dorfteilen zu tätigen. Unklar ist, was mit Ortsbürgertreffen, -ausflügen und -versammlungen geschehen wird. Klar ist, dass ein gemeinsamer Forstbetrieb mit einem zentralen Forst-Werkhof gebildet werden soll. Die saisonale Forstsequipe (meist Landwirte) soll beibehalten, ebenso eine Betriebskommission mit Ortsbürgern eingesetzt werden. Die zentrale Führung des Werkhofes gewährleistet eine hohe Fachkompetenz und viel Synergiepotentiale im Bereich der Räumlichkeiten, Fahrzeuge, Maschinen und Stellvertretungen. Durch die Professionalisierung entstehen allerdings Mehrkosten. Zudem sei der bestehende Werkhof in Bad Zurzach mit den zu betreuenden vier Gemeinden voll ausgelastet. Hier besteht also nicht das erhoffte Sparpotenzial.

Vereine sind für die Ortsteile sehr wichtig. Die Zusammenarbeit könnte intensiviert werden. Es gäbe mehr Besucher und Teilnehmende an Anlässen. Risiken sieht die Arbeitsgruppe im Verlust von Kulturgut sowie im Desinteresse und der Anonymität. Wenn Vereine sich heute schon auflösen, weil sie zu wenige Mitglieder hätten, sei die Identifikation jedoch auch weg. Die Verlagerung von Angeboten sei zudem auch eine Chance, man könnte die Raumeinteilung besser gestalten. Es werde viel für die ältere Bevölkerung getan, bei der Jugend könnte mehr gemacht werden. Die Anbindungen an den öffentlichen Verkehr haben einen grossen Einfluss darauf, wo sich Jugendliche bewegen.

Die Dorfnamen und Postleitzahlen blieben erhalten. Den Namen Zurzach aufzugeben, sei allein aus touristischen Gründen nicht sinnvoll. Die Bekanntheit dieses Namens sollte man nicht verloren gehen lassen. Schweizweit steht «Bad Zurzach» als Kurort für thermales wohltuendes Baden und habe daher eine gewisse Wirkung. Zurzeit wird eine Liste mit sämtlichen kulturellen Aktivitäten bearbeitet. Eine Kulturkommission soll eingesetzt werden. Weiterhin zentral sei das Engagement vieler Einzelpersonen – auch in der Politik, denn der Ammann erklärte abschliessend: «Man hört nichts, einfach nichts. Tragt bitte nach draussen, was ihr heute hier gehört habt. Appelliert an alle, verbreitet die Informationen, wir müssen miteinander reden – es ist ein solch wegweisendes und wichtiges Thema.»